



HESSISCHER LANDTAG

05. 05. 2020

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Europäische Solidarität in der Corona-Krise**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Pandemie mit dem neuartigen Corona-Virus die gesamte Weltgemeinschaft betrifft und internationale Solidarität in der Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen erfordert. Dies gilt im besonderen Maße innerhalb der Europäischen Union als enge, partnerschaftliche Staatengemeinschaft auf einem gemeinsamen Wertefundament und mit einem gemeinsamen Binnenmarkt.
2. Der Landtag begrüßt daher, dass Hessen auch in diesen Krisenzeiten fest an der Seite seiner Partnerregionen und anderen europäischen Regionen steht und neben anderen Maßnahmen auch Infizierte aus besonders betroffenen Regionen zur intensivmedizinischen Behandlung aufgenommen hat. Dies sind richtige und wichtige Zeichen europäischer Solidarität.
3. Der Landtag unterstützt ebenfalls, dass alle Ebenen innerhalb der Europäischen Union vielfältige Maßnahmen zur gegenseitigen Unterstützung ergriffen haben. Das Unterstützungspaket der EU-Kommission mit der erleichterten Inanspruchnahme der Mittel des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Stärkung der Europäischen Investitionsbank (EIB), das neue Instrument zur vorübergehenden Unterstützung bei der Minderung von Arbeitslosigkeitsrisiken in Ausnahmesituationen („SURE“) helfen den besonders betroffenen Mitgliedsstaaten bei der ersten Bewältigung der unmittelbaren Krisenfolgen. Durch staatliche Garantien können so Unterstützungsleistungen von bis zu 500 Milliarden Euro mobilisiert werden.
4. Der Landtag erwartet, dass im Rahmen der Pandemie weitere Maßnahmen erforderlich sein werden, um die wirtschaftlichen Schäden innerhalb der EU, die auch den deutschen Markt beeinflussen werden, zu begrenzen. Er hält es für angemessen, hierzu innovative Lösungen der Lastenteilung im Rahmen der Europäischen Verträge auszuloten. Er geht davon aus, dass Deutschland mit der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr des Jahres 2020 eine bedeutende Rolle bei der Bewältigung der Krise einnehmen wird.

Wiesbaden, 5. Mai 2020

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)